

Medienspiegel Woche 24 / 2016



SonntagsZeitung, 12.6.2016

[Schulen stellen unterqualifizierte Lehrer an](#)
[Wenn es Lehrern an Wissen mangelt](#)

1

Leserbriefe

[Die Lehrer beweisen Rückgrat und Unerschrockenheit](#)

[Teure unsinnige LP21-Reformen führen zu Lehrermangel](#)

3

Basellandschaftliche Zeitung, 14.6.2016

[Rot-Grün nimmt Bildungsdirektorin Gschwind in die Pflicht](#)

4

Landbote, 15.6.16

[NACHGEFRAGT: Interview mit Hanspeter Amstutz](#)

6

Schule Schweiz, 13. Juni 2016

[Drei Gruppen von Eltern](#)

7

[Warum verlassen Kinder die Volksschule?](#)

Schule Schweiz, 15. Juni 2016

[Demokratisch fragwürdig](#)

7

Schule Schweiz, 17. Juni 2016

[Staatsschule statt Volksschule?](#)

[Im Versuchslabor](#)

[So-tun-als-ob](#)

7

Schule Schweiz, 18. Juni 2016

[Methodenfreiheit und Lehrmittelzwang](#)

7

Tagblatt, 15. Juni 2016

[Im Kanton fehlen Heilpädagogen](#)

8

Tagblatt, 16. 6. 2016

[Auf Lehrer und Eltern hören](#)

9

Tagblatt, 16. Juni 2016

[Lehrplan-Initiative abgelehnt](#)

10

Tages-Anzeiger, 19.06.2016

[Kinderstimmen gegen die «Herrschaft der Alten»](#)

12

Schweizer Brevier, 12. Mai 2016

[Kurzinformationen für im Schulbereich politisch](#)
[Interessierte und alle Stimmberechtigten](#)

13

Schweizerzeit, 03.06.2016

[Schulgemeinde Eduzis](#)

14

Veranstaltungshinweis

Öffentliches Podium
JA oder NEIN
zum Ausstieg aus dem
HarmoS-Konkordat
(Volksabstimmung im Herbst 2016)

Donnerstag, 30. Juni 2016, 19:30 Uhr
Restaurant Rössli
Ausserdorfstrasse 2a, Zuzwil

Pro **Kontra**


Bruno Dudli
Kantonsrat
SVP


Urs Blaser
Erziehungsrat,
Schulrats-
präsident,
Stadtrat Gossau
FDP

Freier Eintritt
Es laden ein und freuen sich auf zahlreiche Interessierte:

 

SonntagsZeitung, 12.6.2016

Schulen stellen unterqualifizierte Lehrer an

Vor allem auf der Primarstufe ist der Mangel an Pädagogen gross

Bern Zahlreiche Schulen haben Mühe, die freien Lehrerstellen für das neue Schuljahr zu besetzen. Eine Umfrage bei mehr als tausend Schulleitern beleuchtet erstmals die Stellensituation an den Volksschulen in allen Landesteilen. Die Ergebnisse lassen aufhorchen: Wegen der Lehrerknappheit werden bei Neuanstellungen zum Teil erhebliche Qualitätseinbussen in Kauf genommen. Um die Leerstellen in den Klassenzimmern zu füllen, greifen die Schulen auf Personal zurück, das nicht die nötige Ausbildung mitbringt.

In der Deutschschweiz gaben nur 17 Prozent der Schulleiter an, dass sie alle Personallücken mit Lehrkräften besetzen konnten, die den Anforderungen des Stellenprofils entsprechen – 83 Prozent der Schul-Chefs mussten auch unterqualifizierte Pädagogen anheuern. Noch prekärer ist die Situation in der Romandie und im Tessin, wo nur 9 Prozent der Schulleiter bei Neuanstellungen ausschliesslich genügend qualifizierte Lehrer fanden.

Schwer zu besetzen sind für das kommende Schuljahr vor allem Vakanzen in Primarschulen. Fast die Hälfte (47 Prozent) der Deutschschweizer Schulleiter gab in der Umfrage an, dass sie Mühe haben, Fachlehrer für die 3. bis 6. Klassen zu finden. Pädagogen fehlen insbesondere für die Fächer Textiles Werken und Frühfranzösisch. «Die Schulleitungen müssen bei der Besetzung der offenen Stellen oft erhebliche Kompromisse eingehen», sagt Bernard Gertsch, Präsident des Verbandes der Schulleiter. Laut dem obersten Lehrer Beat Zemp unterrichten in gewissen Regionen bis zu einem Viertel fachfremde Lehrer. «Die Tendenz, dass Schulleiter anstellen müssen, wen sie gerade bekommen, wird weiter zunehmen.»

http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_12_06_2016/nachrichten/Schulen-stellen-unterqualifizierte-Lehrer-an-66540

SonntagsZeitung, 12.6.2016

Wenn es Lehrern an Wissen mangelt

Schulleiter haben Mühe, qualifizierte Pädagogen zu finden – das gefährdet die Chancengleichheit der Kinder

Bern Wenn alles gut geht, steht nach den Sommerferien vor jeder Volksschulklasse eine Lehrperson. Mit Müh und Not dürften die offenen Stellen gerade noch besetzt werden. Doch der Preis dafür ist hoch. Eine repräsentative Umfrage bei 1141 Schweizer Schulleitern zeigt: Wegen der Lehrerknappheit werden bei Neuanstellungen zum Teil erhebliche Qualitätseinbussen in Kauf genommen. Um die Leerstellen in den Klassenzimmern zu füllen, greifen die Schulen auch auf Personal zurück, das nicht die nötige Ausbildung mitbringt.

Erstmals haben die Verbände der Schulleiter aus der Deutschschweiz (VSLCH), der Westschweiz und dem Tessin die Stellensituation gesamtschweizerisch untersucht. Das Resultat ist alarmierend: In der Deutschschweiz gaben nur 17 Prozent der Schulleiter an, dass sie alle Personallücken mit Lehrkräften besetzen konnten, die den Anforderungen des Stellenprofils entsprechen – 83 Prozent der Schulchefs mussten auch unterqualifizierte Pädagogen anheuern. Noch prekärer ist die Situation in der Romandie und im Tessin, wo nur 9 Prozent der Schulleiter bei Neuanstellungen ausschliesslich genügend qualifizierte Lehrer fanden.

«Die Schulleitungen müssen bei der Besetzung der offenen Stellen oft erheblich Kompromisse eingehen», sagt VSLCH-Präsident Bernard Gertsch. Laut Beat Zemp, Präsident des Schweizer Lehrerdachverbands (LCH), wird sich das noch verschärfen: «Die Tendenz, dass Schulleiter anstellen müssen, wen sie gerade bekommen, wird weiter zunehmen.» Schon heute würden in gewissen Regionen bis zu einem Viertel fachfremde Lehrer unterrichten.

Der Lehrermangel zwingt die Schulen, mit Personal zu jonglieren. Vor den Klassen stehen Lehr- amtsanwärter, um fehlende Pädagogen zu ersetzen, Primarlehrer helfen in den Sekundarschulen aus, Französischlehrer unterrichten auf der Oberstufe zusätzlich Deutsch, auch wenn sie für dieses Fach kein Patent haben. Auch Zivildienstler und Pensionierte helfen in den Klassen aus, um Schüler mit Lernschwierigkeiten durch den Stoff zu lotsen.

Auf der Suche nach genügend Personal werben Schweizer Schulen zudem regelmässig jenseits der Landesgrenzen und stellen Lehrkräfte aus Deutschland und Österreich an. Pädagogen also, die keinen Dialekt sprechen und das Schweizer Schulsystem nur aus der Ferne kennen.

«Die Schulen versuchen, den Lehrkräftemangel irgendwie auszugleichen», sagt Schulleiter-Präsident Gertsch, «man sucht nach immer kreativeren Lösungen.» Schwer zu besetzen sind für das kommende Schuljahr vor allem Vakanzen in Primarschulen. Fast die Hälfte (47 Prozent) der Deutschschweizer Schulleiter gab in der Umfrage an, dass sie Mühe haben, Stellen für Fachlehrer in der 3. bis 6. Klasse zu besetzen. Genügend Lehrkräfte fehlen insbesondere für die Fächer Textiles Werken (Handarbeit) und Frühfranzösisch.

Der Lehrermangel schlägt auch auf die Oberstufe durch. 42 Prozent der Deutschschweizer Schulleiter finden kaum genügend qualifiziertes Personal für Fachlehrerstellen. Drei Prozent bezeichnen die Situation sogar als «hoffnungslos».

Wie in den letzten Jahren fehlen auch Heilpädagogogen: Hier melden 84 Prozent der Befragten Probleme bei der Rekrutierung. Das führt immer wieder dazu, dass fehlende Heilpädagogogen mit Klassenassistenten ohne pädagogische Ausbildung ersetzt werden. Einzig beim Turnunterricht ist die Lage rosig: Sportlehrer gibt es nach wie vor mehr als genug.

Der Bedarf an Lehrkräften wird weiter steigen

Die Gründe für den Lehrermangel sind vielfältig. Pensionierungen, Teilzeitboom und das Fachlehrersystem, das Generalisten durch Spezialisten ersetzte, lassen den Nachwuchsbedarf in die Höhe schnellen. Gemäss Gertsch verschärfen auch «Abbaumassnahmen an den Schulen die Lehrerknappheit». Wenn Klassen zusammengelegt würden und Unterstützungsgebote für Kinder mit Lernschwächen gestrichen würden, steige die Belastung im Lehrerberuf.

Aber auch kantonsübergreifende Einflüsse spielen eine Rolle. Die einzelnen Kantone zahlen unterschiedlich hohe Lehrerlöhne, was zu Abwanderungsbewegungen führt – zum Beispiel von Bern nach Solothurn und Freiburg. «Das gefährdet die Chancengleichheit der Kinder», warnt Gertsch. Ein Schüler in einem schlecht zahlenden Kanton werde nicht gleich motivierte Lehrer haben wie ein Kind, das in einem Hochlohnkanton zur Schule geht. Um dem entgegenzuwirken, brauche es «attraktive Arbeitsbedingungen und eine Harmonisierung der Lehrerlöhne». Das fordert auch Lehrerpräsident Beat Zemp: «Das Qualitätsgefälle zwischen den Kantonen unterwandert die Chancengleichheit.»

Eine Entspannung der Lehrerknappheit ist nicht in Sicht. In den nächsten Jahren werden viele männliche Pädagogen mit Vollzeitpensen pensioniert, gleichzeitig steigt der Anteil der Frauen. Viele von ihnen arbeiten teilzeit. Das werde den Bedarf an Lehrkräften zusätzlich erhöhen, so Gertsch.

Fabian Eberhard, Nadja Pastega

http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_12_06_2016/nachrichten/Wenn-es-Lehrern-an-Wissen-mangelt-66312

SonntagsZeitung, 12.6.2016

Leserbiefe

Die Lehrer beweisen Rückgrat und Unerschrockenheit

[Schlechte Noten für ein Schulprojekt](#) SonntagsZeitung vom 5. 6. 2016

Dieses neue Schulprojekt, das im zürcherischen Niederhasli und andern Orten ausprobiert wird, ist meines Erachtens eine absolute Katastrophe. Kernsatz der ganzen Hiobsbotschaft scheint mir der Hinweis im Bericht aus Baselland zu sein, dass die Bevölkerung 2006 wohl Ja gesagt hat zur Harmonisierung der Schulen, aber niemals zu einem radikalen Systemwechsel.

Oskar Meier, Bazenheid SG

Es war tatsächlich überfällig, dass die Lehrer endlich den Aufstand wagen. An vielen Orten wird in den Schulhäusern über Reformen und Versuche der letzten Jahre gelästert, und man kann es kaum glauben, dass jetzt auch noch dieser Lehrplan 21 mit seinen untauglichen Zielen und Methoden die Schullandschaft radikal umpflügen soll. Aber leider erfolgen Kritik und Ärger angesichts von Mitarbeiterbeurteilung und Schulleitungen meist nur hinter vorgehaltener Hand. Umso mehr ist diesen mit ihrem Abgang aus Niederhasli protestierenden Lehrpersonen zu gratulieren. Insbesondere die zwei Frauen und der Mann, die den Mut hatten, mit Namen und Bild an die Öffentlichkeit zu gelangen, beweisen Rückgrat und Unerschrockenheit.

Hans-Peter Köhli, Zürich

http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_12_06_2016/fokus/Leserbiefe-66206

Teure unsinnige LP21-Reformen führen zu Lehrermangel

„Wenn es Lehrern an Wissen mangelt“, Sonntagszeitung vom 12.6. 2016

Die wahren Ursachen des Lehrermangels werden in den Medien fast immer verschwiegen. Wenn die unsinnigen und teuren Reformen nicht hinterfragt und gestoppt werden, wird sich der Lehrermangel noch verschärfen. Die Junglehrer werfen den Bettel schneller hin, als die erfahrenen Lehrer, von denen immer mehr in Pension gehen. Bereits während der Ausbildung geben bis 20 Prozent der PH-Studenten auf. Viele beklagen die praxisfernen und umstrittenen reformideologischen Ansätze („selbstgesteuertes Lernen“ des Lehrplan 21 usw.) der PH-Ausbildung. Wegen der mangelhaften Vorbereitung, den unerprobten Lehrmethoden und katastrophalen neuen Lehrmitteln (bei Frühfremdsprachen usw.) scheitern viele später an der Realität des Alltags: Im ersten Berufsjahr hört jeder sechste Lehrer auf, nach fünf Jahren arbeitet die Hälfte der Junglehrer nicht mehr im Beruf. Ein Lehrerstudent der Primarstufe studiert kostet den Steuerzahler 36'300 Franken, auf der Sekundarstufe 43'200 pro Jahr. Statt Geldmangel zu beklagen, könnten mit einem Reformstopp diese Gelder sinnvoller eingesetzt werden.

Peter Aebersold, Zürich

Basellandschaftliche Zeitung, 14.6.2016

Lehrplan 21

Rot-Grün nimmt Bildungsdirektorin Gschwind in die Pflicht

von Bojan Stula

Die nächsten Baselbieter Bildungsinitiativen sind bereits in der Pipeline. © Hans-Martin Jermann

Kaum haben sich die Baselbieter Stimmberechtigten gegen die Einführung der Sammelfächer ausgesprochen, gleichzeitig aber die Position des Bildungsrats bekräftigt, knöpft sich das reformkritische Bildungskomitee Starke Schule Baselland erneut den Lehrplan 21 vor. Doch was sagen die Parteien?



Der nächste Vorstoss des Vorstands der Starken Schule Baselland um Geschäftsführerin Saskia Olsson und Landrat Jürg Wiedemann will die vorgesehene Vermittlung von Kompetenzen verhindern und stattdessen Themen und Inhalte festschreiben. Mittels einer Umfrage will die Starke Schule herausfinden, ob die Baselbieter Lehrerschaft eine entsprechende Initiative mittragen würde.

Damit verfolgt das Komitee seine duale Strategie weiter, gleichzeitig mit Vorstössen im Parlament und dem Einreichen von Volksbegehren die Bildungsreform Harmos zu Fall zu bringen und den Lehrplan 21 scheinbar in seinem Sinne umzumodeln. Zu diesem Zweck sind bereits fünf weitere Initiativen in der Pipeline, von denen eine den Harmos-Ausstieg fordert, und die vier anderen nur eine Fremdsprache auf Primarstufe, den Ausstieg aus dem Passepartout-Fremdsprachenprojekt, den niveaugetrenten Unterricht an Sekundarschulen sowie die Rückkehr zum universitären Fachunterricht für Lehrerinnen und Lehrer wollen. Gleichzeitig hat der Landrat eine Motion der parteilosen Regina Werthmüller zur konkreten Festschreibung von Lerninhalten im Bildungsgesetz überwiesen. Aber auch die FDP-Forderung nach der Abschaffung des Bildungsrats bleibt im Parlament trotz des Ergebnisses vom 5. Juni pendent.

Ende des Marschhalts?

Angesichts dieser Schwemme von politischen Vorstössen dürften viele Bürgerinnen und Bürger den Überblick verloren haben, welches der aktuelle Stand der angestrebten Bildungsreform ist. Hinter den Kulissen sind derzeit Arbeitsgruppen unter der Leitung des Amts für Volksschule (AVS) an der Erarbeitung des neuen Lehrplans Volksschule Baselland für die Sekundarstufe I, welcher die Schwächen des Lehrplans 21 ausmerzen und ab Schuljahr 2018/19 auf der Sekundarstufe 1 eingeführt werden soll. Innerhalb der Baselbieter Parteien gehen indes die Meinungen

auseinander, welche weiteren Schritte zur Umsetzung nun erfolgen müssen. Dies zeigt die unten stehende Umfrage bei den Kantonalpräsidenten der acht grössten Baselbieter Parteien.

Für den EVP-Präsidenten Urs von Bidder besagt das Abstimmungsergebnis vom 5. Juni sogar, dass die Zeit des von der Bildungsdirektorin Monica Gschwind nach deren Wahl ausgerufenen «Marschhalts» jetzt vorbei sei. Auch die SP und die Grünen fordern von der FDP-Regierungsrätin, dass sie im Bildungsdossier für alle sichtbar den Lead übernimmt und zu den einzelnen Vorlagen und Initiativen klar Stellung bezieht. Gschwind hat ihrerseits gegenüber der bz angekündigt, dass ihre Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion einen Fahrplan zur Umsetzung der jüngsten Abstimmungsergebnisse sowie zu Werthmüllers Motion aufsetzen und «sobald wie möglich dazu informieren» wird. Wenig überraschend sagt die FDP ihrer Regierungsrätin in dieser Hinsicht die volle Unterstützung zu, während die CVP wie SP und EVP eine Aussage von Gschwind erwarten, wie lange die Gruppe Marschhalt noch tätig sein soll.

Bei der bz-Umfrage liess ich einzig die SVP noch nicht in die Karten blicken. Laut Kantonalpräsident Oskar Kämpfer entscheidet die Parteileitung Ende Monat über das weitere Vorgehen.

<http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/rot-gruen-nimmt-bildungsdirektorin-gschwind-in-die-pflicht-130348386>

Landbote, 15.6.16



Hanspeter Amstutz, ehem. Kantons-Bildungsrat (EVP), Sekundarlehrer

NACHGEFRAGT

Sie gelten als Kritiker des Lehrplans 21. Was ist schlecht daran?

Hanspeter Amstutz: Er ist zu überladen. Man hat viel zu viel hineingepackt. Auf der Mittelstufe bringt ein randvolles Bildungsprogramm mit aufgestockten 31 Lektionen und anspruchsvollen Zielsetzungen unnötige Hektik in den Unterricht. Neu sollen die Schüler Informatik und Medienkunde, mehr Natur und Technik sowie mehr Französisch lernen. Und das individualisiert. Das ist mit nur einer Lehrperson kaum noch zu bewältigen. Ausser man setzt die Schüler an einen Computer und lässt sie an ihren individuellen Programmen arbeiten.

Wo müsste man entlasten?

Bei den Fremdsprachen in der Mittelstufe. Doch statt dass man eine Fremdsprache streicht, kürzt man Handarbeitslektionen. Das macht die Schule nur noch kopflastiger.

Inwiefern wird der Lehrplan den Unterricht verändern?

Trotz der neuen Fächer darf das Ganze ja nicht mehr kosten. Es gibt nun weniger Halbklassenunterricht, was die Unterrichtsqualität stark beeinträchtigt. Auf Jahresziele wird verzichtet. Vorgegeben wird nur noch, was die Schüler nach einem vierjährigen Zyklus beherrschen müssen. Ohne Jahresziele werden die Klassen immer heterogener. So können sich die Schüler einer fünften Klasse mit ihren individuellen Matheprogrammen auf völlig unterschiedlichen Kompetenzstufen befinden.

Welche weiteren Problemesehen Sie?

Ungeklärt ist, wie der individuelle Lernstand der Schüler möglichst lesbar im Zeugnis abgebildet werden soll. Umstritten ist, ob der neue Lehrplan tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel führen wird. Er ist aber so angelegt, dass er dem Lernen in Lernlandschaften breiten Raum gibt. Der Lehrer bringt den Schülern nicht mehr direkt etwas bei, er begleitet sie nur, was ich schlecht finde.

Wie hoch schätzen Sie den Aufwand an den Schulen ein, um den Lehrplan einzuführen?

Das Anpassen der Lehrmittel wird am aufwendigsten sein. Die Kosten dafür tragen primär die Gemeinden.

Gibt es auch Positives?

Unbestritten ist, dass in den Kantonen die gleichen Bildungsziele gelten sollen. Das war auch die ursprüngliche Idee des Lehrplans. Und sinnvolle Neuerungen wie grundlegende Informatik, mehr schülernahe Naturwissenschaften, mehr Aufmerksamkeit fürs Deutsch sowie eine massvolle Individualisierung sind gut.

Wie müsste der Lehrplan sein?

Er müsste wenige, aber verbindliche Inhalte mit den dazugehörigen Grundkompetenzen enthalten. Es braucht keinen Katalog mit 3700 Teilkompetenzen, dafür Jahresziele in den Hauptfächern und Stufenziele in den Nebenfächern. Er müsste eine leicht verständliche Struktur haben, damit ihn auch Laien lesen können. Und den Lehrpersonen sollte das Vertrauen geschenkt werden, dass sie auch ohne ein engmaschiges Programm ihre beste Leistung erbringen werden.

<http://www.landbote.ch/front/die-fronten-verhaerten-sich/story/28985548>

Schule Schweiz, 13. Juni 2016

[Drei Gruppen von Eltern](#)

Margrit Stamm, es war nicht leicht, Eltern zu finden, die über die Gründe sprechen wollen, warum sie ihre Kinder an eine Privatschule schicken. Haben Sie eine Erklärung dafür?

"Volksschule ist das wichtigste integrative Element in der Gesellschaft"

"Für viele ist die Privatschule praktisch die einzige Alternative", Migros Magazin, 13.6. Interview mit Margrit Stamm von Erika Burri

[Weiterlesen »](#)

[Warum verlassen Kinder die Volksschule?](#)

Rund vier Prozent der Kinder in der Schweiz besuchen während der obligatorischen Schulzeit eine private Einrichtung. Warum verlassen Kinder die Volksschule? Warum entscheiden sich Eltern für die teure Alternative? Drei Familien berichten.

Wenn Schule zur Privatsache wird, Migros Magazin, 13.6. von Erika Burri

[Weiterlesen »](#)

Schule Schweiz, 15. Juni 2016

[Demokratisch fragwürdig](#)

Der Lehrer Jürg Wiedemann kämpft an vorderster Front gegen den Lehrplan 21. Verhindern kann er ihn zwar nicht, aber zurechtstutzen.

Das ist erst der Anfang, Zeit, 13.6. von Sarah Jäggi

[Weiterlesen »](#)

Schule Schweiz, 17. Juni 2016

[Staatsschule statt Volksschule?](#)

Der Zürcher Stadtrat plant mit dem Projekt "Verwaltungs- und Behördenentwicklung" (VBE) einen markanten Abbau demokratischer Strukturen im städtischen Schulwesen.

Stadtrat will Demokratieabbau an den Zürcher Schulen, Zürcher Bote, 17.6. von Daniel Regli (Gemeinderat SVP Zürich 11)

[Weiterlesen »](#)

[Im Versuchslabor](#)

So geht es also: Man legt den Fremdsprachenunterricht um zwei Jahre nach vorne mit der Begründung, die Kinder lernten die Sprache auf diese Weise eben viel besser. Dann beginnt man von den neuen Lernmethoden und den tollen Lehrmitteln zu schwärmen, die das Fremdsprachenlernen eben ganz neu anpackten. In Wahrheit befindet man sich in einem Versuchslabor und hat keinen Schimmer, wie man jungen Primarschülern unter sehr beschränkten Zeitvorgaben (2 bis 3 Wochenlektionen) gleich zwei Fremdsprachen beibringen soll. Dazu kommt, dass sie ja auch noch Hochdeutsch lernen sollten und viele Kinder eine Migrantensprache sprechen.

Fremdsprachen im Schulunterricht, NZZ, 17.6. Leserbrief von Urs Kalberer

[Weiterlesen »](#)

[So-tun-als-ob](#)

Die grundsätzliche Frage lautet: Soll eine Fremdsprache – sei es nun Englisch oder Französisch – [aus politischen Prestige Gründen im Lehrplan](#) stehen, oder sollen die Schülerinnen und Schüler tatsächlich etwas lernen? Will man das Letztere, so muss man pädagogisch-sprachdidaktische Erkenntnisse berücksichtigen. Diese zeigen völlig eindeutig, dass weniger die Altersstufe, in welcher mit dem Fremdsprachenunterricht begonnen wird, von Bedeutung ist als vielmehr die zeitliche Intensität. Konkret heisst das, dass gerade am Anfang dieses Unterrichts zwei Lektionen pro Woche zu keinem Erfolg führen, ganz gleich, welche Methoden verwendet werden.

Fremdsprachen und Schulunterricht, NZZ, 17.6. Leserbrief von Helmut Meyer

[Weiterlesen »](#)

Schule Schweiz, 18. Juni 2016

[Methodenfreiheit und Lehrmittelzwang](#)

In der Diskussion um den Lehrplan 21 sind sich Befürworter wie Gegner in einem Punkt einig: Die Methodenfreiheit muss gewährleistet sein. Vorgaben zu den Lehrmitteln schränken diese Freiheit jedoch ein.

[Methodenfreiheit bedingt freie Wahl der Lehrmittel](#), Schulinfo Zug, 13.6. von Urs Kalberer

Tagblatt, 15. Juni 2016

Im Kanton fehlen Heilpädagogen

Ausser bei den Heilpädagogen hat sich der Lehrermangel nicht verschlimmert. Dennoch spricht der Schulleiterverband von einer «angespannten Situation». Für das kantonale Volksschulamt hat sich die Lage aber nicht verschärft.

SINA BÜHLER

ST. GALLEN. Wie gravierend ist die Stellensituation an der Volksschule? Um diese jährlich wiederkehrende Frage nach dem aktuellen Lehrermangel zu beantworten, führten die Schulleiterverbände der Deutschschweiz (VSLCH) sowie der Romandie und des Tessins (Claceso) Ende Mai eine Umfrage unter ihren Mitgliedern durch. Von den 2020 angeschriebenen Schulen nahm über die Hälfte teil.

Das Resultat: Die offenen Stellen konnten ungefähr gleich gut oder sogar knapp besser besetzt werden als im letzten Jahr. Nur 18 Prozent der Schulleitungen in der Schweiz schätzen die Situation schlechter ein.

Situation nicht dramatisch

Auch im Kanton St. Gallen bleibt die Situation ziemlich unverändert. «Sie bewegt sich seit drei bis vier Jahren etwa in gleichem Rahmen», sagt Alexander Kummer, Leiter des kantonalen Amtes für Volksschule. Genauere Zahlen für das kommende Schuljahr erhalte das Amt erst in einigen Wochen. «Und ob tatsächlich gewisse Stellen offen bleiben, wissen wir sogar im August.» Zum Vergleich: Laut Kummer waren Ende Juni 2015 noch 3,75 Vollzeitstellen im Kanton unbesetzt, zum Schuljahresbeginn 2015/16 waren das noch 1,54 Stellen.

Für Kummer ist die Lage in St. Gallen nicht so dramatisch wie beispielsweise im Kanton Zürich. Und auch weniger schlimm, als es die Resultate der Umfrage vermuten liessen. Er setzt im übrigen Fragezeichen, was die Methodik des Schulleiterverbandes angeht: «Ich kann damit nicht besonders viel anfangen. Es wird nach sehr subjektiven Einschätzungen gefragt.» Besonders präzise Antworten waren tatsächlich nicht möglich. So lautet die möglichen Einschätzungen auf die Frage «Das Profil der Lehrpersonen stimmt mit dem Stellenprofil überein»: «Immer», «oft» oder «selten». 17 Prozent der Schulleiterinnen und Schulleiter wählten «immer», 74 Prozent «oft» und 9 Prozent «selten».

Mühe in zwei Bereichen

Geht es nun zu weit, daraus einen «erheblichen Qualitätsabbau» bei den Anstellungen von Fachlehrern herauszulesen, wie es beispielsweise die «Sonntags-Zeitung» getan hat? Ja, findet Alexander Kummer. Es stimme zwar, dass im Notfall auch Lehrerinnen und Lehrer ohne Abschluss auf der entsprechenden Stufe angestellt werden können, dies sei auch in St. Gallen so. «Allerdings sind diese Stellen auf ein Schuljahr befristet und die Anstellung ohnehin nur möglich, wenn sich keine Lehrkräfte mit dem entsprechenden Abschluss beworben haben», erklärt er. Nach einem Jahr müsse die Stelle wieder ausgeschrieben werden oder die Lehrperson bilde sich berufsbegleitend weiter. «Das ist heute viel einfacher geworden als früher.» So müssten beispielsweise Primarlehrpersonen, die Realklassen unterrichten, nur einzelne Fächer nachholen, um das Diplom als Oberstufenlehrperson zu erlangen.

Die St. Galler Schulen hätten vor allem in zwei Bereichen Mühe, qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer zu finden: bei den erwähnten Reallehrerinnen und bei den Heilpädagogen. Letzteres bestätigt die Schulleiter-Umfrage: 84 Prozent haben Schwierigkeiten, offene Stellen mit Heilpädagogen zu besetzen.

Bald könnte ein weiteres Problem auf die Schulen zukommen. Bis vor einigen Jahren konnten Pädagogik-Studierende nur zwischen zwei Fachrichtungen wählen: Phil I (Sprachen) und Phil II (Mathematik). Heute ist jede Fachkombination möglich – die Frage ist, ob dann bei Neuanstellungen die zu besetzenden Fachbereiche genau auf die Ausbildung der Lehrperson passen.

Einstiegsgehälter erhöht

Laut VSLCH hätten Schulleitungen ausserdem drauf hingewiesen, dass erhebliche Lohnunterschiede zwischen den Kantonen die Stellenbesetzung sehr erschwerten. Hier hat St. Gallen bereits gehandelt. Um eine Abwanderung von neu diplomierten St. Galler Pädagogen zu verhindern, hat die Regierung Anfang Jahr entschieden, den Einstiegslohn für Junglehrer in Kindergarten und Primarschule zu erhöhen. Ob diese Strategie fruchtet, wird sich bald zeigen. Die Pädagogische Hochschule erkundigt sich nämlich bei den frisch Diplomierten nicht nur, ob sie auf das kommende Schuljahr eine Stelle haben, sondern auch in welchem Kanton das ist. Die Diplome werden in der letzten Juniwoche vergeben.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Im-Kanton-fehlen-Heilpaedagogen:art120094.4657910>

Tagblatt, 16. 6. 2016

Leserbrief

Zum Artikel im St. Galler Tagblatt "[St. Gallen stärkt Frühfranzösisch in Primarschule](#)" vom 7. Juni 2016

Auf Lehrer und Eltern hören

Das Frühfremdsprachenkonzept der EDK mit zwei Fremdsprachen ab der 3. und 5. Primarschulklasse ist gescheitert. Viele Eltern sehen seit langem, dass der Lernerfolg bei ihren Kindern gering ist und andere Fächer zu kurz kommen. Auch eine Online-Umfrage des Kantonalen Lehrerverbandes St. Gallen im Juni 2015, veröffentlicht im Verbandsbulletin, hat ergeben, dass von über 3000 Lehrerinnen und Lehrern nur eine Minderheit von 17% das Lernen von zwei Fremdsprachen in der Primarschule für sinnvoll hält. 50% sprechen sich für nur eine Fremdsprache aus, weitere 30% schlagen eine zweite als zusätzliches Wahlfach vor. Warum hört man nicht auf die Erfahrungen der Lehrer? Auch zahlreiche wissenschaftliche Studien, aktuell von Simone Pfenninger von der Universität Zürich, bestätigen, dass die Theorie des "je früher, desto besser" falsch ist und das Fremdsprachenlernen in der Oberstufe effizienter ist. Wer Deutsch gut liest und schreibt, kann diesen Vorteil später auf die Fremdsprachen übertragen.

Der Kanton Thurgau verlegt daher die zweite Fremdsprache auf die Oberstufe, so wie es auch in Appenzell-Innerrhoden seit Jahren erfolgreich praktiziert wird.

Nun soll in St. Gallen zusätzliches Geld in Halbklassenunterricht für das Frühfranzösisch gesteckt werden, angeblich kostenneutral. Vernünftiger als diese Pflasterlipolitik wäre es, einen Schlussstrich unter dieses gescheiterte Projekt zu ziehen und didaktisch gut aufgebaute Lehrmittel für die Oberstufe zu entwickeln. Auch regelmässige Schüleraustausche mit der französischen Schweiz wären sinnvoll und für die Jugendlichen attraktiv. Der Zusammenhalt des Landes wird dadurch mit Sicherheit mehr gestärkt als mit Frühenglisch oder Frühfranzösisch.

Gisela Liebe, Wil

<http://www.tagblatt.ch/meta/epaper/epa5743,21799>

Tagblatt, 16. Juni 2016

Lehrplan-Initiative abgelehnt

Die Debatte dauerte lange und wurde intensiv geführt: Am Ende entschied der Thurgauer Grosse Rat, die Initiative «Ja zu einer guten Volksschule Thurgau» abzulehnen. Die Mehrheit fürchtet eine Verpolitisierung der Schule.

MICHÈLE VATERLAUS

FRAUENFELD. Es war von Anfang an klar: Die Debatte zur Initiative «Ja für eine gute Volksschule Thurgau» wird sich nicht von einer Diskussion um den Lehrplan abkoppeln lassen. Und so hatten auch die Kantonsräte gestern Mühe damit. Bereits bei der Eintretensdebatte ermahnte Ratspräsident Gallus Müller den Sprecher der EDU-Fraktion vergeblich, dass es hier um die Initiative und nicht um den Lehrplan 21 gehe.

Die Initiative verlangt, dass die Kompetenz zum Erlass eines neuen Lehrplans beim Grossen Rat und nicht mehr beim Regierungsrat liegt. Der Beschluss soll dem fakultativen Referendum unterstehen. Zudem sollen im Lehrplan Jahrgangsziele und Stundentafeln festgesetzt werden. Und schliesslich verlangt die Initiative, dass neue Lehrpläne innert zweier Jahre umgesetzt werden. Nach einer intensiven Diskussion beschloss der Grosse Rat mit 97 zu 22 Stimmen, die Initiative abzulehnen.

Abstimmung soll Ruhe bringen

Diese Tendenz zeigte sich schon bei der Eintretensdebatte: Zwar sprachen sich alle Fraktionen dafür aus, die Initiative für gültig zu erklären, gleichzeitig erachteten sie deren Inhalt als problematisch. Insbesondere, weil sie dem Regierungsrat nachträglich die Kompetenz zur Einführung des neuen Lehrplans absprechen und so einen rechtskräftigen Entscheid aushebeln wolle. Viktor Gschwend sagte als Sprecher der FDP-Fraktion, dass man sich eine Abstimmung wünsche, damit endlich Ruhe einkehrt.

Joe Brägger (Grüne) kam gleich auf den Punkt: «Das Initiativkomitee will vor allem den Lehrplan verhindern.» Der Titel der Initiative klinge zwar verlockend. «Wer will schon Nein zu einer guten Volksschule sagen.» Doch Lehrpläne sollen nicht wie Gesetze beraten werden.

«Ein Planungsinstrument»

In diesem Sinne erinnerte Norbert Senn (CVP) daran, was ein Lehrplan überhaupt ist, nämlich ein Hilfs- und Planungsinstrument. Er befürchtet, dass bei Annahme der Initiative, über die am Ende das Volk entscheiden wird, die Schule verpolitisiert wird. Das sei doch bereits geschehen, merkte Andrea Vonlanthen (SVP) an. Und zwar damals, als der Grosse Rat eine Motion angenommen habe, welche die Abschaffung des Frühfranzösisch forderte. Damals habe man den parlamentarischen Weg eingeschlagen.

«Die falsche Flughöhe»

Käthi Zürcher (CVP) erachtet den Grossen Rat nicht als das richtige Gremium, um über einen Lehrplan zu entscheiden. Dennoch äussert sie als Lehrerin Verständnis für die Kritik am Lehrplan: «Er ist ein Konstrukt von Wissenschaftlern, Theoretikern und Technokraten, ohne Bezug zur Praxis.» Doch in ihren Augen ist es schlicht und einfach zu spät, um den Lehrplanentwurf über den Haufen zu werfen und etwas Neues zu fordern. «Ich bin froh, wenn die Debatte nicht

zur Lehrplan-Debatte ausartet», sagte Walter Hugentobler (SP). Die Initiative wolle Details regeln, die nicht gesetzeswürdig seien. «Das ist die falsche Flughöhe. Wir diskutieren ja auch nicht über die Hausordnung des Regierungsgebäudes.»

Nur die EDU sagte Ja

Einzig die EDU-Fraktion sprach sich für die Annahme der Initiative aus. «Wohin führt uns die Entwicklung unserer Volksschule?», fragte Daniel Frischknecht (EDU). Er befürchtet, dass die Orientierung an Kompetenzen für Schüler aus gebildetem Hause von Vorteil sein wird, die anderen aber untergehen werden. «Wir reden hier von der Volksschule, nicht von einer Eliteschule.»

Regierungsrätin Monika Knill gab zu bedenken, dass es immer Kritik an Lehrplänen gab und auch geben wird. In keinem der 21 Kantone sei aber das Parlament für den Erlass von Lehrplänen zuständig. «Und ich möchte darauf hinweisen, dass ein Paragraph in der Debatte komplett ausgeblendet wurde: <Der Unterricht hat sich den Zeit- und Lebensanforderungen anzupassen.> Dieser Paragraph wird auch bei Annahme der Initiative im Gesetz bleiben.»

Am Ende lehnte das Parlament die Volksinitiative mit 97 gegen 22 Stimmen ab.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Lehrplan-Initiative-abgelehnt;art120094,4659264>

Tages-Anzeiger, 19.06.2016

Kinderstimmen gegen die «Herrschaft der Alten»

Bald werden die Alten die arbeitende Bevölkerung überstimmen, warnt Avenir Suisse – und macht heikle Vorschläge, um dem gegenzusteuern.

Kinder und Ausländer sollen das Stimmgewicht der älteren Semester ausgleichen

Im Jahr 2035 wird der Schweizer Stimmbürger im Durchschnitt 60 Jahre alt sein. Rentner und kurz vor der Pensionierung stehende Personen werden damit erstmals die arbeitende Bevölkerung überstimmen können. Wie ist damit umzugehen? Die Denkfabrik Avenir Suisse hat sich in einem bislang unveröffentlichten Papier, das der Zeitung «Zentralschweiz am Sonntag» vorliegt, Gedanken dazu gemacht.

Avenir Suisse warne darin, dass die Schweiz auf dem Weg in eine «Gerontokratie» («Herrschaft der Alten») sei. Dies nicht allein, weil es immer mehr ältere Menschen gibt, sondern auch, weil sie ihr Stimm- und Wahlrecht im Durchschnitt häufiger wahrnehmen als die Jüngeren. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, mache die Denkfabrik mitunter einen «pikanten» Vorschlag, wie die Zeitung meint.

Zusätzliche Kinderstimmen für die Eltern

Avenir Suisse schlage vor, Kindern das Wahlrecht zu geben – jedoch nicht direkt. Die Eltern würden dieses stellvertretend für ihre Kinder wahrnehmen. Das hiesse wohl, dass die Eltern für ihre Kinder zusätzliche Kinderstimmen erhalten würden. Auch soll das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt werden.

Neben dieser Kinderstimmen und der Senkung des Stimmrechtsalters schlage die Denkfabrik eine weitere Massnahmen vor. So sollen Ausländer, die während fünf bis acht Jahren Steuern gezahlt haben, das Stimmrecht auf Gemeinde- und Kantonsebene erhalten. Denn: Auch Ausländer seien im Schnitt jünger als Schweizer.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Eltern-sollen-fuer-ihre-Kinder-abstimmen-koennen/story/30816704>

Schweizer**Brevier**

Nr.3

Balgach. 12. Mai 2016

*Kurzinformationen für im Schulbereich politisch Interessierte und alle Stimmberechtigten***Hans, mein Sohn, was machst du da?**

Vater, ich studiere.

Hans, mein Sohn, das kannst du nicht.

Vater, ich probiere.

Hansli, wo bisch?

Da obe.

Was machsch?

Nüt.

Chumm denn abe, wenn-d' fertig bisch.

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Sprachen lernen, Fremdsprachen lernen, Deutsch lernen... die Zeitungen, Zeitschriften, Radiomeldungen sind voll von Argumenten dafür und dagegen. Die Allgemeinheit scheint ganz selbstverständlich zu wissen, wie Sprechen lernen vor sich geht und wie Sprache möglich wird. Und tatsächlich ist es so, dass es an die 80% der Kinder wie von selbst lernen. So erübrigt sich die Mühe, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Bedingungen dazu sind und wie dieser Prozess verläuft.

Die Frage jedoch ist:

Gibt es verlässliche, erwiesene Anhaltspunkte, die ohne Glauben und Meinungen eine tragfähige politische Entscheidung erlauben?

Im Folgenden soll diesbezüglich einiges bekannt gemacht werden.

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Barbara Müller

1. *Das frühe Sprechen- und Sprachenlernen kann nur dann ein Anliegen von Schulpolitikern und Schulpolitikerinnen sein, wenn sie mit den entsprechenden Grundlagen vertraut sind.*
2. *Die Bestimmung, eine andere als die Muttersprache bereits nach zwei Schuljahren Lesen und Schreiben Lernen für alle Schulkinder obligatorisch zu erklären, ist ein klarer schulpolitischer Fehlentscheid.*
3. *Die flächendeckende allgemeine Leistungsmessung des sprachlichen Outputs bis zum 12. Altersjahr ist als ein gigantischer Bluff zu bezeichnen. An die 80% der Kinder können es „wie von selbst“, mit welchen Methoden auch immer. Falls bei ihnen Unstimmigkeiten auftreten, sind die zugrunde liegenden Lehrmittel und deren Autoren und Autorinnen in Pflicht zu nehmen.*

***Meine Partei?***

Der Fünftel aller heranwachsenden Kinder, die schulisch trotz guter allgemeiner Intelligenz im Bereich Sprache regelmässig ausgegrenzt werden aus Mangel an Wissen der zuständigen Personen.

Vollständiger Artikel

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/Schweizer-Brevier-12.-Mai-2016.pdf>

Schweizerzeit, 03.06.2016

Schulgemeinde Eduzis

Es wird immer teurer, dümmer zu werden

Stellen Sie sich vor, Ihre Tochter oder Ihr Sohn hätten gerade den Übertritt in die Oberstufe geschafft. Nach ein paar Wochen auf der neuen Schulstufe brächten sie einen Brief der Schulleitung nach Hause.



«Eduzis» hat sich durchgesetzt.

Von Ulrich Schliuer, Flaach

Der Brief richtet sich an alle Eltern. Und diese erhalten die folgende Information:

«Die Schülerinnen und Schüler haben mit dem Team seit September 2015 an den Grundsätzen des Lebensraum Eichi gearbeitet. In einem mehrstufigen Prozess sind in altersdurchmischten Gruppen Produkte zu den demokratisch abgenommenen Grundsätzen entstanden.»

«Reformschule»

Vielleicht müssen Sie diese Mitteilung zwei- oder dreimal lesen – und fragen sich, was Ihnen da eigentlich mitgeteilt werden soll. Der Name «Eichi» – obwohl grammatikalisch falsch präsentiert – verweist immerhin aufs Schulhaus Ihrer Tochter oder Ihres Sohnes. Was dort anstelle von Schulunterricht geschieht, bleibt Ihnen allerdings schleierhaft.

Doch allmählich dämmert's: Wurde vor Monaten nicht mitgeteilt, das «Eichi» sei jetzt eine «Reformschule»? Da werde Bildungszukunft gestaltet, zu neuem Schulgeist aufgebrochen. Schon damals fiel Ihnen die geschwollene Wortwahl zum Projekt auf. Aufgeplusterte Formulierung für schwammigen Inhalt: Die Absender scheinen darauf zu spekulieren, dass bombastische Wortaufblähung Fragen zum Geschehen zum Voraus unterbindet. Niemand will schliesslich zugeben, dass er angesichts der ihm begegnenden geballten Weisheit eigentlich nichts begreift vom barock angekündigten «Bildungsaufbruch».

Dann aber stutzt der Leser ob des Brief-Absenders: Er lautet «Eduzis Sekundarschulen».

«Eduzis»: Was soll das nun wieder bedeuten? Schliesslich fragen Sie Ihre Tochter. Und diese belehrt Sie: Ihre Schule heisse heute tatsächlich «Eduzis». Das stehe am Eingang und in jedem Schulzimmer. Und auf allem Papier. Vor allem erscheine dieser Name ständig auf den Bildschirmen, vor welchen alle Schüler im Unterricht immer sässen.

«Demokratie-Produkt»

Was aber heisst «Eduzis»? Sie greifen schliesslich zum Handy. Einer der vier Eduzis-Schulleiter ist erreichbar. Ja, erklärt dieser, die Schulgemeinde heisse jetzt ganz offiziell «Eduzis».

Und dann erfahren Sie noch, dass Lehrer und Schüler diesen Namen in gemeinsamer, ausführlicher Diskussion festgelegt hätten. Die Lehrer hätten gewünscht, dass etwas Schulisches im Namen vorkommen müsse. So habe man das Anfangs-E vom englischen Wort «education» übernommen. Und die Schüler hätten bei der Festlegung der Schulordnung demokratisch entschieden, dass im Schulhaus Eichi das «Du» für alle gelte, für Schüler, Lehrer und Besucher. «Duzis» sei das Erkennungsmerkmal des Schulgeistes, demokratisch erarbeitet von der Schülerschaft. So heissen Schule und Schulgemeinde jetzt eben «Eduzis».

Die Gemeinde: Bloss ein Logo?

Die Schulgemeinde auch? Wer hat denn das wieder festgelegt? Kann jedermann aus jeder ihn gerade bestimmenden Laune seiner Gemeinde einen neuen Namen verpassen? Auch ein Behörden-Entscheid sei dazu ergangen, belehrt der Schulleiter den ungläubig fragenden Vater.

Dieser will's nun genau wissen. Zunächst bestätigt ihm ein Mitglied der Schulbehörde, die Schulgemeinde heisse tatsächlich seit einiger Zeit «Eduzis». Eine Nachfrage beim Zürcher Gemeindeamt klärt dann auf: Der Name einer Gemeinde könne nur auf Beschluss der Gemeindeversammlung verändert werden. Die neue Eduzis-Gemeinde habe indessen behauptet, sie ändere bloss ihr Logo. Wer daran hänge,

könne weiterhin den alten Namen der Kreisschulgemeinde nutzen. Aber das neue Logo ziere fortan die Schulhäuser, das Briefpapier, alle Einladungen. Und vor allem schaffe es Identifikation bei allem elektronischen Verkehr – für den Schulalltag wie für die Verwaltung. Der alte Gemeindegemeinde – Oberstufenschulgemeinde Niederhasli Niederglatt Hofstetten – sei durch das neue, von Schülern und Lehrern demokratisch beschlossene Logo einfach in die Unterwelt verbannt worden. Eduzis habe sich durchgesetzt.

Allotria ...

Allotria dominiert. Die finanziellen Folgen dieser Namens-Übung haben mit Allotria allerdings nichts mehr zu tun.

Und was den Schülern an «Bildungsgewinn» an dieser Allotria-Schule vermittelt wird, noch viel weniger.

Im Gemeindehaushalt schlagen die Neuerungen gewaltig ein. Der Haushalt explodiert. Für die 440 in drei Schulhäusern (pardon: Diese heissen jetzt «Lernhäuser») betreuten Schülerinnen und Schüler wurden vier Schulleiter und 26 Lehrkräfte in Festanstellungen berufen. Weil dieses Kader munterem Ausbau unterworfen war, verhängte eine Gemeindeversammlung einen Einstellungsstopp. Die Reformer wussten sich flugs zu helfen: «Lehrpersonen» wurden zwar keine weiteren mehr berufen. Aber es wurden elf «Assistenten» angestellt. Diese seien, weil nicht als «Lehrpersonen» betitelt, vom Einstellungsstopp nicht betroffen, beschieden die Schulleiter den Behörden und der Öffentlichkeit. Der die Finanzlage berücksichtigende Beschluss der Gemeindeversammlung blieb nichtssagendes Papier.

... oder Schulstoff?

Die Schule findet in Gruppen – jahrgangsübergreifend natürlich – statt. Diskussionen über kreative Grundsätze zu «Unsere Schule ist ein Lebensraum» füllten Palaverstunde um Palaverstunde. Einige Eltern gerieten in Sorge: Der Schulstoff gerate ins Hintertreffen. Seriöse Vorbereitung auf Mittelschulprüfungen bleibe auf der Strecke. Die Reklamation fruchtete: Eduzis organisierte Sonderkurse für angehende Prüflinge. Nicht für zusätzlichen, auf herausfordernde Prüfungen vorbereitenden Unterricht. Nein, nur der im «Normalunterricht» zu kurz gekommene Stoff wird nachgeholt. Daran Kritik übende Eltern wurden abgewimmelt. Sie seien, gab man ihnen zu verstehen, bedauerlicherweise in der Vor-Eduzis-Zeit stehen geblieben – verständnislos für die Neuerungen im Bildungswesen zu Eduzis.

Der Haushalt entgleist

In Eduzis-Schulen findet beispielsweise kein Deutsch-Unterricht mehr statt. Dort lehrt und lernt man «Gesprächs-Kultur». Im Klartext: Die SMS-Sprache wird Unterrichtssprache. Jede Schülerin und jeder Schüler erhielt – auf Steuerzahlers Kosten – einen i-Pad. Kostenpunkt: Fr. 231600. Einfach so aus der Kasse geschüttet. Wer Fragen stellte, wurde allenfalls bemitleidet.

Die Einführung allein des Namens Eduzis schlägt sich mit rund Fr. 100000 im Gemeindehaushalt nieder. Dieser Betrag liege in der Finanzkompetenz der Behörde. Deshalb sei für die Logo-Einführung kein Beschluss der Gemeindeversammlung nötig gewesen. So wurden und werden Fragesteller zu Eduzis abgefertigt.

PS: Eigentlich gehört es zu den Regeln des landesüblichen Journalismus', dass in einem Artikel Angegriffene immer auch zu Wort kommen sollen. Angesichts des Umgangs dieser Angegriffenen mit selbstverständlichen demokratischen Rechten von Bürgern und Steuerzahlern, habe ich mich von dieser Rücksichtnahme wissentlich und vorsätzlich dispensiert. Informieren liess ich mich vom Eltern-Komitee, das gegen Unterrichts-Defizite und Geldverschwendung in Eduzis antritt.

http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/schulgemeinde_eduzis-2710

Mehr dazu:

[IG Schule NiNiHo](http://igniniho.webhop.info/wp/)

Interessengemeinschaft Schule Niederhasli Niederglatt Hofstetten

<http://igniniho.webhop.info/wp/>